



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Soziales und Gesundheit  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Dietmar Weinert

Wiesbaden, 28.11.2013

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit  
am Mittwoch, 04. Dezember 2013, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 6.11.2013
2. **13-F-03-0133**

Zukünftige Hortumwandlung

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2013 -

Seit Beginn 2013 werden in Wiesbaden Hortplätze in Kindertagesstätten geschlossen, um dort Platz für Krippenplätze zu schaffen. Den betroffenen Hort-Kindern werden Betreuungsplätze an bzw. in direkter Nähe zu Grundschulen angeboten.

Viele Eltern, Kinder und ErzieherInnen in den Kindertagesstätten sind verunsichert. Um über die künftige Vorgehensweise und den Verlauf mehr zu erfahren möge der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zu berichten:

I.1.) In welchen Kindertagesstätten sollen bis Ende des Kindergartenjahres 2014/2015 Gruppen mit Kindern im Grundschulalter geschlossen werden?

2.) Wie viele Gruppen und Kinder sind von der Schließung betroffen?

3.) Zu welchem Zeitpunkt, z.B. Ende eines Kindergartenjahres, ist die Schließung der betroffenen Gruppen geplant?

4.) Zu welchem Zeitpunkt werden die Einrichtungen, Eltern und Kinder über die Schließung informiert?

II. 1.) In welchen konkreten Einrichtungen wird den bis 2014/2015 betroffenen Kindern eine Anschlussbetreuung angeboten?

2.) Welche Träger sollen dort die betroffenen Kinder künftig betreuen?

3.) Wie werden dort die konkreten Bedingungen/Standards bezüglich Öffnungszeiten, Personal, Gruppengröße, pädagogische Ausrichtung/ Besonderheiten, Organisation der Hausaufgabenbetreuung, Mensa- und Essensangebot, das Raumangebot sowie die Gestaltung des Außengeländes sein?

### 3. 13-F-08-0092

Psychiatrischer Krisendienst

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 27.11.2013 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Wie oft wurde das so genannte „Hintergrundtelefon“ im Jahr 2013 (bis dato) insgesamt von Notärzt\_innen genutzt?
2. Wie viele Einweisungen in eine psychiatrische Klinik wurden durch Notärzt\_innen veranlasst?

### 4. 13-F-05-0016

Finanzierung/Unterstützung von Selbsthilfegruppen durch die LHW

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 27.11.2013 -

Bei der Durchsicht des Entwurfs des Haushaltsplans für die Jahre 2014/2015 fällt auf, dass der Zuschuss der LHW für die Selbsthilfegruppen sich auf 5.000 € p/a beläuft. Das erscheint gering angesichts der wertvollen Tätigkeit für die Gesellschaft, hier speziell im Hinblick auf benachteiligte Personenkreise, die Unterstützung dringend benötigen.

In diesem Zusammenhang möge der Ausschuss beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten
  - a. Wie viele Selbsthilfegruppen sind der Stadt bekannt?
  - b. Welche Gruppen werden von der LHW finanziell unterstützt?
  - c. Wie erfolgt die Finanzierung von Selbsthilfegruppen?
  
2. Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

wie seiner Meinung nach die verschiedenen Institutionen weiter gestärkt und unterstützt werden können, um die wertvolle Tätigkeit der Selbsthilfegruppen zu fördern.

## 5. 13-F-03-0135

Belegungsrechte in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2013 -

In Wiesbaden beträgt der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen im 1. Förderweg im Durchschnitt weniger als 7% Wohneinheiten. In einzelnen Stadtteilen liegt ihr Anteil unter 3% während er in einzelnen Quartieren, z.B. Schelmengraben oder Klarenthal Nord ( hier über 80%) deutlich über 50% liegt. Der Rückgang an gefördertem Wohnraum ist dramatisch. In Wiesbaden sind allein seit Ende der 80er Jahre ca. 15.000 Wohnungen aus der Belegungsbindung gefallen. Jährlich verliert Wiesbaden laut Wohnungsbauprogrammvorlage 2011 ca. 500 Wohnungen.

In Wiesbaden haben wir beschlossen, dass in neuen Entwicklungsgebieten mindestens 15% aller Wohneinheiten im geförderten Wohnungsbau errichtet werden müssen. Dies ist aber nach Experten Meinung zu wenig. Andere Städte haben bei ähnlichen Beschlüssen 30% festgeschrieben.

Wir müssen auch bedenken, dass der Neubau an geförderten Wohnungen nach wie vor zur Deckung des Bedarfes und zum Ausgleich des Rückgangs unzureichend ist. Denn im Vergleich zum Ankauf von Belegungsrechten ist der Neubau relativ teuer und langwierig.

Ein gutes Instrument zum Ausbau des geförderten Wohnraums ist deshalb der Ankauf von Belegungsrechten durch die Städte. Mit Belegungsrechten kann zudem ein Ausbau des geförderten Wohnraums gezielt gesteuert werden. Sie könnten auch z.B. in bisher nicht mit gefördertem Wohnraum versorgten Wohngebieten erkaufte werden, um insgesamt eine bessere soziale Durchmischung zu erreichen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zu berichten:

1. In welchem Umfang und in welchen Quartieren hat Wiesbaden in den letzten Jahren (seit 2011) Belegungsrechten erworben bzw. bestehende Bindungen verlängert?
2. Was sind bzw. was waren die Hemmnisse?
3. In welchem Umfang und in welchen Quartieren ist künftig (bis 2016) der Erwerb bzw. die Verlängerung von Belegungsrechten geplant?

## 6. 13-F-33-0103

Gelder von Gerichten

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 21.11.2013 -

Jedes Jahr kommen Geldauflagen, die von Gerichten verhängt wurden, gemeinnützigen Organisationen und Vereinen zu. Allein in Hessen waren dies nach Zeitungsberichten im vergangenen Jahr rund 10,6 Millionen Euro.

Leider gibt es dabei keine transparenten Auswahlkriterien

*Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten, bei den entsprechenden Gerichten eine Statistik für die Landeshauptstadt Wiesbaden anzufordern. Darin sollen die Empfänger der Geldauflagen sowie die Zahl der abgelehnten Anträge aufgeführt werden.

Außerdem soll der Magistrat darauf hinwirken, dass diese Statistik öffentlich einsehbar gemacht wird.

## 7. 13-F-33-0079

**ANLAGE**

Kindertageseinrichtungen und Schulen mit besonderem Bedarf

- *Bericht des Dezernates II vom 28.10.2013* -

## 8. 13-V-51-0066

**DL 57/13-17, 56/13-8**

Sozialpädagogisches Konzept Kulturpark

9. **13-V-51-0069** **DL 58/13-1**

Wiesbadener Geschäftsbericht SGB II, 1.Halbjahr 2013

*- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich hierzu in seiner Sitzung am 3.12.2013 -*

10. **13-V-40-0012** **DL 57/13-9**

Grundschulkindbetreuung und Ganztätige Angebote - Organisation und Personal

*- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich hierzu in seiner Sitzung am 3.12.2013 -*

11. **13-A-50-0001**

Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

12. **Verschiedenes**

## Tagesordnung II

1. **13-V-20-0078** **DL 57/13-4, 56/13-2**

Investitionscontrolling 3. Quartal 2013

2. **13-V-20-0082** **DL 57/13-1 NÖ, 56/13-1 NÖ**

Bürgschaft Nr. 597 Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH (GeWeGe)

3. **13-V-20-0083** **DL 54/13-2**

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.09.2013 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

4. **13-V-20-0084** **DL 57/13-5, 56/13-3**

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2013 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

5. **13-V-51-0060**

**DL 57/13-15, 56/13-6**

U3 Ausbauprogramm 48; Schaffung von 15 zusätzlichen Plätzen durch den Wanderkindergarten Wiesbaden e.V.

6. **13-V-51-0061**

**DL 57/13-16, 56/13-7**

EVIM Bildung gGmbH, Kinderhaus Campus Klarenthal, Leistungsvertrag ab 2014

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Ulrich Weinerth  
Vorsitzender